



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 4. April 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*30. Sitzung des **Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 3. April 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:00 Uhr

Der Ausschuss führte eine Anhörung über den Gesetzentwurf der Landesregierung über die **Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung**, [Drucksache 18/1529](#), durch. Im Anschluss daran empfahl er dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Psychisch-Kranken-Gesetzes und des Maßregelvollzugsgesetzes**, [Drucksache 18/1363](#), beauftragte der Ausschuss die Geschäftsführung, eine Synopse der eingegangenen Stellungnahmen zu erstellen.

Der Ausschuss nahm ferner Berichte zu folgenden Themen entgegen, an die sich eine Diskussion anschloss:

- **Durchführbarkeit des Geburtshilfekonzeptes in Eutin und Oldenburg**
Antrag der Abg. Katja-Rathje-Hoffmann (CDU)
[Umdruck 18/2533](#)
- **Bericht über den aktuellen Sachstand zu den Verhandlungen des Sozialvertrages I**
Antrag der Abg. Katja Rathje-Hoffmann (CDU)
[Umdruck 18/2529](#)
- **Ergebnisse des Praxistests zur Entbürokratisierung der Pflege**
Antrag der Abg. Katja Rathje-Hoffmann (CDU)
[Umdruck 18/2660](#)

Zum Antrag der Fraktion der CDU, **Rahmenkonzept für die Hospizversorgung in Schleswig-Holstein fortschreiben**, [Drucksache 18/1647](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag die Annahme in geänderter Fassung mit den Stimmen der Regierungsfractionen bei Enthaltung der Oppositionsfractionen.

Bezüglich des Antrags der Fraktion der PIRATEN **Mehr leichte Sprache in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/496](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig die Annahme des Antrags in geänderter Fassung.

Zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern**, [Drucksache 18/1145](#), nahm der Ausschuss zur Kenntnis, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss am 28. Mai 2014 eine mündliche Anhörung durchführen wird. Er bittet, zu dieser Sitzung nachrichtlich eingeladen zu werden.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen (Spielhallengesetz - SpielhG)**, [Drucksache 18/918](#), gab der Ausschuss gegenüber dem federführenden Wirtschaftsausschuss keine Stellungnahme ab. Damit ist seine Beratung abgeschlossen.

Bezüglich des Gesetzentwurfs der Fraktionen von CDU und FDP zur **Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1125](#), empfahl der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN, den Gesetzentwurf dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Sodann empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig die Annahme des Antrags der Fraktion der CDU, **Betriebliche Wiedereingliederung stärken! Durchführung einer Evaluation zum betrieblichen Eingliederungsmanagement in der Landesverwaltung**, [Drucksache 18/584](#).

Der Ausschuss kam ferner überein, seine Ausschusssitzungen zukünftig über ParlaRadio zu streamen. Nach drei Sitzungen wird sich der Ausschuss über die gewonnenen Erfahrungen austauschen und erneut über diese Praxis befinden.

Folgenden Punkt setzte der Ausschuss von seiner Tagesordnung ab:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG)**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/1247](#)

Schluss: 17:15 Uhr

gez. Petra Tschanter